

Die Linke muss die Machtfrage stellen

11 schlechte Argumente für eine bedingungsloses Grundeinkommen

Von Nele Hirsch (MdB DIE LINKE), Robert Blättermann (DIE LINKE.SDS in Thüringen), Sonja Staack (Mitglied im Vorstand von ver.di Berlin) und Sandro Witt (Sprecher der LAG Betrieb und Gewerkschaft in Thüringen)

Über das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens wird auch in der Linken kontrovers diskutiert. Viele halten die Forderung für einen emanzipatorischen und unterstützenswerten Ansatz. Wir teilen diese Auffassung nicht und halten es daher für wichtig, sich mit den Argumenten der BefürworterInnen kritisch auseinander zu setzen. Hierzu soll die folgende Zusammenstellung dienen.

Argument 1:

Mit dem bedingungslosen Grundeinkommen muss niemand mehr in entwürdigender Art und Weise um soziale Unterstützung betteln und der Verwaltungsapparat würde reduziert, denn das Grundeinkommen steht allen ohne Prüfung oder Vorleistungen zu.

Kritik: Der Kern der „entwürdigenden Bettelei“ in der jetzigen "Sozial"gesetzgebung besteht darin, dass diejenigen, die selber so gut wie nichts haben, massiv unter Druck gesetzt werden und jede Kleinigkeit umständlich beantragen müssen. Die Bedarfssätze sind so niedrig, dass den Betroffenen kaum eine andere Wahl bleibt, als sich restriktiven Gesetzen, Verordnungen und Ämterwillkür kritiklos unterzuordnen, um überhaupt überleben zu können. Für eine vollkommen unzureichende Unterstützungsleistung müssen AntragstellerInnen ihre persönlichen Lebensverhältnisse restlos offen legen. Um diese Situation zu ändern, müssen schnellstmöglich höhere Bedarfssätze und ein wesentlich einfacheres Antragsverfahren her, in dem Diskriminierung und die Schnüffelei der Ämter keinen Platz haben und die Verantwortung für den Lebensunterhalt nicht mehr auf Angehörige abgeschoben wird. Hierfür tritt die Linke mit ihrer Forderung nach einer repressionsfreien und bedarfsdeckenden Grundsicherung aktiv ein.

Neben höheren Bedarfssätzen gehören auch umfassende Unterstützungsleistungen für Bedürftige zu einem solchen Modell - beispielsweise indem Weiterbildungsmaßnahmen vermittelt, Schuldnerberatung angeboten oder Therapiemöglichkeiten aufgezeigt werden. Im gegenwärtigen System stehen stattdessen Repression und eine reine Verwaltung der Armut im Vordergrund. Um Auswege aus der Armut aufzuzeigen und zu ermöglichen, reicht es nicht, die Menschen alleine sich selbst zu überlassen. Notwendig ist daher nicht die Abschaffung der Verwaltung, sondern ihre Umgestaltung. Wir brauchen eine repressionsfreie öffentliche Unterstützungsstruktur, die für die Menschen da ist, sie darin unterstützt, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und ihnen ermöglicht, dieses mitzugestalten - nicht aber Ämter, die Menschen als Kostenfaktoren verwalten und durch restriktive Behandlung ihrer Möglichkeiten berauben.

Argument 2:

Das bedingungslose Grundeinkommen löst endlich die alles beherrschende Fixierung auf Erwerbsarbeit auf, weil es von der Erwerbsarbeit entkoppelt ist.

Kritik: Wenn wir als Linke die Erwerbsarbeit kritisieren, tun wir dies aufgrund ihres ausbeuterischen Charakters. Dieser liegt aber nicht in der Arbeit an sich, sondern in ihrer kapitalistischen Organisation begründet. Die Rechte der ArbeitnehmerInnen werden zunehmend mit Füßen getreten, Löhne im Dumpingwettlauf nach unten gedrückt und fehlende Qualifizierungsangebote machen selbstbestimmtes Arbeiten zusätzlich schwer. Deshalb muss ein linker Ansatz darauf

orientieren, für eine qualitativ hochwertige Arbeit zu streiten, mit der sich die Menschen identifizieren und mit der sie sich selbstbestimmt und gleichberechtigt in die Gesellschaft einbringen können.

Gemeinsam mit linken GewerkschaftlerInnen setzen wir der kapitalistischen Ausbeutung das Leitbild guter Arbeit entgegen. Es geht uns nicht darum, endlich nicht mehr von der Arbeitsgesellschaft zu reden, sondern diese von links neu zu entwerfen und radikal zu verändern. Die Entkopplung von Einkommen und Arbeit als zentrale Idee des bedingungslosen Grundeinkommens wirkt diesem Ziel entgegen, weil sie auf Individualisierung setzt und damit die Entwicklung kollektiver Perspektiven einer gesellschaftlich sinnvollen und somit nicht-ausbeuterischen Arbeit versperrt.

Argument 3:

Das bedingungslose Grundeinkommen ist die richtige und erforderliche Antwort auf das Problem der Massenarbeitslosigkeit, denn wenn die Arbeit ausgeht, macht es keinen Sinn krampfhaft zu versuchen, Menschen in Beschäftigung zu bringen.

Kritik: Dank des wissenschaftlichen Fortschritts und technischer Neuerungen lassen sich viele notwendige Arbeiten mit immer weniger Aufwand erledigen. Das bedeutet aber nicht, dass sich die Gesellschaft künftig ohne jegliche Arbeit von alleine reproduziert. Die Massenarbeitslosigkeit ist darauf zurückzuführen, dass die vorhandene Arbeit in unserem kapitalistischen System unsinnig verteilt ist und unzureichend bzw. teilweise gar nicht entlohnt wird.

Eine gleiche Verteilung von beruflichen Möglichkeiten und Einkommen lässt sich mit einem bedingungslosen Grundeinkommen nicht erreichen. Sinnvoll ist es, die Arbeit durch massive Arbeitszeitverkürzungen auf mehr Schultern zu verteilen und damit allen sowohl Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen als auch zunehmend frei verfügbare Zeit zu geben. Die Linke streitet für eine Gesellschaft, in der sich alle einbringen können, in der demokratisch über die Ausrichtung der Produktion entschieden und somit über die Arbeit wiederum gesellschaftlicher Fortschritt befördert wird.

Argument 4:

Das bedingungslose Grundeinkommen stärkt die Position der lohnabhängig Beschäftigten, weil niemand mehr gezwungen ist, schlechte Arbeit anzunehmen.

Kritik: Das Grundeinkommen stärkt nicht die Position der lohnabhängig Beschäftigten, sondern die Position der ArbeitgeberInnen. Sie werden bei jeder Gelegenheit auf die soziale Absicherung durch das Grundeinkommen verweisen und mit dieser Begründung Schutzrechte wie beispielsweise den Kündigungsschutz aushebeln und Löhne nach unten drücken. Das bedingungslose Grundeinkommen würde die neoliberale Umstrukturierung des Arbeitsmarktes somit vorantreiben. Arbeit hätte zudem flächendeckend nur noch eine Art Kombilohnfunktion, in der die öffentliche Unterstützungsleistung durch Lohn oder Gehalt lediglich aufgestockt würde. Die Verantwortung der ArbeitgeberInnen, durch Umverteilung des Profits für existenzsichernde Löhne zu sorgen, wäre damit weitgehend auf den Staat übertragen.

Die aktuelle kapitalistische Krise ist durch Massenarbeitslosigkeit gekennzeichnet, das heißt Millionen Menschen wird die Möglichkeit auf eine Teilnahme am Arbeitsleben verwehrt. Das bedingungslose Grundeinkommen erhebt lediglich den Anspruch, diese Menschen dauerhaft zu finanzieren - ohne aber ihre Situation grundsätzlich zu verbessern. Richtig ist, dass wir uns dagegen wehren müssen, dass Menschen gezwungen werden, schlechte Arbeit anzunehmen. Wir dürfen dabei aber nicht das Ziel einer Gesellschaft aus den Augen verlieren, die allen Menschen gute Arbeit ermöglicht.

Argument 5:

Das bedingungslose Grundeinkommen stoppt destruktive Arbeit, denn die Menschen werden sich ihr verweigern und sich stattdessen um gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeiten bemühen.

Kritik: Das wird so leider nicht funktionieren. Auch wenn beispielsweise ein Arbeiter, der sich seinen Lebensunterhalt mit der Abholzung des Regenwaldes verdient, aufhört zu arbeiten, stattdessen fröhlich pfeifend im Wald spazieren geht und sich mit dem Grundeinkommen zufrieden gibt, wird das kapitalistische System ungerührt weiterhin auf Profitmaximierung orientieren - und sich einen neuen Arbeiter suchen. Dies wird solange möglich sein, wie sich für die entsprechenden Produkte zahlende KundInnen finden.

Eine nachhaltige Entwicklung ist mit der kapitalistischen Profitmaximierung nicht in Einklang zu bringen. Auch mit dem Grundeinkommen würde sich an der Abholzung des Regenwaldes nichts ändern. Der einzelne Arbeiter ist austauschbar, die kapitalistische Ausbeutung bleibt bestehen. Um grundlegende Veränderungen zu erreichen, müssen wir die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien, ökologische Mindeststandards und gesellschaftlich verantwortungsvolle Forschung und Wissenschaft als erste Schritte einfordern, um zu einer sozialen und demokratischen Entwicklung der Gesellschaft zu gelangen.

Argument 6:

Mit dem bedingungslosen Grundeinkommen hat jeder die Möglichkeit, sich frei und selbstbestimmt zu entfalten, denn der Rechtsanspruch auf einen monatlichen Pauschalbetrag bietet die dafür erforderlichen finanziellen und zeitlichen Freiräume sowie die notwendige Sicherheit.

Kritik: Dieses Emanzipationsversprechen des bedingungslosen Grundeinkommens ist nichts als eine sozial-romantische Schwärmerei. Es entpuppt sich als schillernde Seifenblase, die zwar kurzzeitig fasziniert, aber bei genauerer Betrachtung schnell zerplatzt. Denn Emanzipation lässt sich nicht einfach in Euro und Cent auszahlen. Wenn wir für eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen eintreten, müssen wir ihnen auch eine gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsleben ermöglichen. Jeder Mensch hat ein Recht auf freie Berufswahl und muss die Möglichkeit erhalten, seinen Interessen und Neigungen entsprechend im Arbeitsleben wirken zu können. Von dieser Verantwortung kann und darf sich die Politik nicht freikaufen, auch nicht mit einem bedingungslosen Grundeinkommen.

Ein Schulabbrecher, der keinen Ausbildungsplatz findet, könnte mit dem bedingungslosen Grundeinkommen vielleicht auf das lästige Bewerbungen-schreiben und damit auf eine Berufsausbildung verzichten. Wer dies als positiv bewertet, übersieht jedoch, dass er sich nicht freiwillig dem Arbeitsleben entzieht, sondern durch die Ausbildungsplatzmisere dazu gezwungen wird, sein Recht auf Teilhabe am Berufsleben hintenanzustellen. Ihm ist kaum geholfen, wenn man ihn mit dem Grundeinkommen weiter sich selbst überlässt und damit de facto aufs Abstellgleis schiebt. Das Grundeinkommen zementiert gesellschaftliche Ausgrenzung, anstatt allen das Recht auf eine selbstbestimmte Teilhabe in der Gesellschaft zu bieten.

Argument 7:

Das bedingungslose Grundeinkommen ist eine "Demokratiepauschale", denn politisches Engagement und gesellschaftliche Teilhabe sind ohne eine entsprechende finanzielle Unterstützung nicht zu realisieren.

Kritik: Im Kapitalismus haben die ArbeiterInnen und ArbeitnehmerInnen keinen Einfluss auf die Gestaltung und Ausrichtung der Produktion, weil sie nicht über die Produktionsmittel verfügen. Aus diesem Grund werden sie von Marx als ausgebeutete Wesen beschrieben. Zur Demokratie dagegen gehört nicht zuletzt die Wirtschaftsdemokratie. Anstatt mit der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen jeden seinem eigenen Schicksal zu überlassen, muss gemeinsam die Frage nach der Herrschaft über die Produktionsmittel gestellt werden. Ziel muss es sein, die herrschenden Kräfteverhältnisse umzuwerfen und eine demokratische, auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtete Gestaltung der Wirtschaft zu erreichen.

Das bedingungslose Grundeinkommen ist auf diesem Auge nicht nur blind, es suggeriert auch, dass demokratische Ansprüche allein mit einer finanziellen Demokratiepauschale abgegolten werden könnten. Die lohnabhängig Beschäftigten blieben auch mit dem Grundeinkommen ausgebeutete Wesen. Eine individuelle Befreiung aus den bestehenden gesellschaftlichen Zwängen durch den schlichten Ausstieg aus der Arbeitswelt ist nicht möglich. Ziel der Linken bleibt die kollektive gesellschaftliche Emanzipation. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der die freie Entfaltung des einzelnen die Voraussetzung für die freie Entfaltung aller ist. Lasst uns die Eigentumsfrage stellen!

Argument 8:

Das bedingungslose Grundeinkommen verringert die Abhängigkeit der Frauen von ihren Männern, weil sie von diesen nicht mehr finanziell abhängig sind, sondern über ein eigenes Einkommen verfügen.

Kritik: Das bedingungslose Grundeinkommen ist alles andere als ein Patentrezept zum Abbau geschlechtsspezifischer Ungleichheit. Eine bisher von ihrem Partner finanziell abhängige Frau hätte zwar endlich ihr eigenes Minimaleinkommen. Das Grundeinkommen könnte aber leicht als eine Art Herdprämie wirken, die lediglich höher ausfällt als die jetzt von Stoiber & Co. geforderte, und geschlechtsspezifische Rollenzuweisungen damit sogar noch verstärken. Neue Möglichkeiten für Frauen, gleichberechtigt am Erwerbsleben teilzunehmen, werden durch das Grundeinkommen nicht geschaffen. Wirtschaftswissenschaftliche Szenarien gehen davon aus, dass das bedingungslose Grundeinkommen außerdem viele allein lebende Frauen aus dem Erwerbsleben drängen würde, die heute teilzeiterwerbstätig sind. Das kann nicht unsere Perspektive sein. Wir müssen stattdessen für Bedingungen eintreten, unter denen Kinderbetreuung und zufriedenstellende berufliche Tätigkeit kein Widerspruch mehr sind.

Die Linke muss sich der Herausforderung stellen, die Gleichberechtigung von Frauen im Erwerbsleben zu erkämpfen. Dafür müssen tradierte Stereotype und patriarchale Unterdrückungsmuster überwunden werden. Hierzu gehört die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit genauso wie eine gezielte Förderung des Berufseinstiegs von Frauen nach einer Familienphase, der Ausbau öffentlicher Infrastruktur für Kinderbetreuung und Frauenquoten, um eine gleichberechtigte Repräsentanz von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu erreichen. Mit dem bedingungslosen Grundeinkommen wird solchen Forderungen der Boden entzogen.

Argument 9:

Das bedingungslose Grundeinkommen sichert allen ein „Recht auf Faulheit“, denn alle erhalten ohne irgendwelche Bedingungen einen monatlichen Pauschalbetrag, der zum Leben ausreicht.

Kritik: Der Wunsch nach einem „Recht auf Faulheit“ entspringt den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen. Auf die unwürdigen ausbeuterischen Arbeitsverhältnisse wird mit der Forderung reagiert, sich diesen konsequent zu entziehen, aber nicht mit dem Anspruch, die Arbeitswelt selbst demokratisch umzugestalten. Auf diese Weise ändert sich allerdings nichts an den bestehenden

Erwerbs- und Produktionsverhältnissen. Deshalb hat die Forderung nach einem Recht auf Faulheit mit einem sozialistischen Anspruch wenig zu tun.

Unter den UnterstützerInnen des Grundeinkommens wird nicht mehr darüber diskutiert, wie die Erwerbsarbeit der Zukunft aussehen kann, und es fehlt die Perspektive, gemeinsam für eine andere Arbeitsorganisation zu kämpfen. Die Arbeitsbedingungen des Einzelnen sind dann am besten, wenn alle gleichberechtigt am Arbeitsleben teilnehmen. Und alle Menschen können dann die meiste Freizeit haben, wenn die Arbeit gleichmäßig auf alle Schultern verteilt ist.

Argument 10:

Das bedingungslose Grundeinkommen wirkt als trojanisches Pferd im Kapitalismus, denn wenn sich alle der herrschenden Ausbeutung entziehen, stürzt das System zwangsläufig zusammen.

Kritik: Angenommen die utopische Vorstellung funktioniert, das bedingungslose Grundeinkommen wird eingeführt und niemand geht mehr arbeiten. Wäre dies ein erster Schritt, um den Kapitalismus zu stürzen und zum Sozialismus zu kommen? Sicher nicht! Zu erwarten wäre vielmehr, dass die zum Leben erforderlichen Waren und Dienstleistungen nicht mehr zur Verfügung stehen und somit ein Überlebenskampf ausbricht, in dem jeder gegen jeden agiert. Die Menschen wären vollauf damit beschäftigt, ihr individuelles Überleben zu sichern. Kollektive Perspektiven könnten sich in dieser Lage schlechter entwickeln denn je.

Die Bedingungen für den Aufbau einer neuen Gesellschaft wären in dieser Situation nicht besser, sondern schlechter. Der Zusammenbruch der Gesellschaft ist deshalb noch lange nicht das Ende des Kapitalismus. Zur Überwindung des Kapitalismus und zur Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft kommt es erst dann, wenn die lohnabhängig Beschäftigten im gemeinsamen Klassenbewusstsein die Macht über die Betriebe und damit über Produktion und Produktionsmittel selbst übernehmen.

Argument 11:

Es gibt unterschiedliche Modelle des bedingungslosen Grundeinkommens. Die Linke muss neoliberal geprägte Modelle wie z.B. das Bürgergeldkonzept von Althaus ablehnen und stattdessen mit einem eigenen Konzept in die Offensive gehen.

Kritik: Richtig ist, dass sich die Konzepte zum bedingungslosen Grundeinkommen in ihrer Höhe und Finanzierung stark unterscheiden. Doch unabhängig von diesen Unterschieden in der konkreten Ausgestaltung ist das bedingungslose Grundeinkommen generell kein linkes Konzept. Zwar mag es auf den ersten Blick gerecht wirken, jedem das gleiche Grundeinkommen zu zahlen. Wirklich gerecht ist es aber, wenn breite Schultern mehr tragen als schmale. Warum sollen wir aus den öffentlichen Haushalten Joseph Ackermann und den Aldi-Brüdern dasselbe Geld auszahlen wie denjenigen, die es wirklich brauchen - und das, wo wir noch nicht einmal genug Geld haben, um Schulen und Krankenhäuser zu bauen? Alle Grundeinkommens-Modelle haben gemeinsam, dass sie Wasser auf die Mühlen all derjenigen sind, die Kombilohnmodelle predigen, weitere Flexibilisierungen auf dem Arbeitsmarkt durchsetzen und Sozialabbau vorantreiben wollen. Mit linken Alternativen hat all das wenig zu tun.

Verdeutlichen lässt sich die Unvereinbarkeit linker Konzepte mit dem bedingungslosen Grundeinkommen zum Beispiel beim Mindestlohn. Durch die Einführung eines verbindlichen Mindestlohnes wollen wir sicherstellen, dass jeder der arbeitet, von seinem Lohn auch leben kann. Gleichzeitig verhindern Mindestlöhne, dass ArbeitnehmerInnen über Grenzen hinweg gegeneinander ausgespielt werden und schieben damit Lohndumping einen Riegel vor. Für die Gewerkschaften ist klar: Die Verantwortung dafür, dass Arbeit existenzsichernd ist, liegt bei den

ArbeitgeberInnen. Das bedingungslose Grundeinkommen würde dieser Forderung den Boden unter den Füßen wegziehen, indem es das Kapital von dieser Verantwortung freispricht. Nicht von ungefähr findet das bedingungslose Grundeinkommen deshalb auch zahlreiche Anhänger im Lager der ArbeitgeberInnen. Es folgt dem Prinzip nicht eines Mindest-, sondern eines flächendeckenden Kombilohnes.

Das bedingungslose Grundeinkommen taugt auch nicht als linke Antwort auf Hartz IV. Es passt sich vielmehr nahtlos an das im Zuge der Hartz-Gesetzgebung von Rot-Grün propagierte Konzept der „Eigenverantwortung“ an, das die Linke aus gutem Grund bekämpft. Mit dem bedingungslosen Grundeinkommen geht es nicht um die Integration von Ausgegrenzten in die Gesellschaft; stattdessen wird ihnen die Verantwortung für ihre gesellschaftliche Integration selbst zugeschoben. Dies gilt beispielsweise im Modell von Dieter Althaus auch für sämtliche Sozialleistungen wie z.B. die gesetzliche Krankenversicherung, die künftig aus dem Grundeinkommen privat organisiert werden soll. Man setzt auf Individualisierung, anstatt kollektiv Ansatzpunkte für eine andere Gestaltung der Gesellschaft voranzubringen. Die mit Hartz IV schon weit geöffnete Kluft zwischen Arm und Reich würde mit dem Grundeinkommen deshalb weiter verhärtet. Wenn jeder das Gleiche bekommt, fallen gerade die raus, die die schwächste Ausgangslage haben. Deshalb würde das Grundeinkommen für die große Mehrheit auch weniger die versprochene „Demokratiepauschale“ als vielmehr eine Ruhigstellprämie bedeuten.

Die Partei DIE LINKE, der Jugendverband Linksjugend [‘solid] und der Studierendenverband DIE LINKE.SDS sollte aus all diesen Gründen, sich nicht in den bunten Reigen der GrundeinkommensbefürworterInnen einreihen, sondern eine breite und öffentliche Debatte zu diesem Thema befördern. Wir plädieren dafür, von links eine klare Ablehnung zu formulieren. Die Herausforderung für uns sind die Forderungen nach radikaler Arbeitszeitverkürzung und nach einem gesetzlichen Mindestlohn um das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe zu ergänzen. Dazu gehört nicht die liberale und nur scheinbar revolutionäre Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen, sondern das Recht auf selbstbestimmte Arbeit auf die Tagesordnung. Lasst uns bedingungslos die Machtfrage stellen und für eine grundlegend andere Gesellschaftsordnung kämpfen!

Kontakt:

- Nele Hirsch: kontakt@nele-hirsch.de
- Robert Blättermann: robert_bl@web.de
- Sonja Staack: sonja.staack@hamburg.de
- Sandro Witt: sandrowitt@gmx.net